

Zwischen Autonomie und Anpassung: Die Deutsche Physikalische Gesellschaft im Dritten Reich¹

Dieter Hoffmann

Als am 30. Januar 1933 in Deutschland die Machtübertragung an Nationalsozialisten erfolgte, da bedeutete dies einen gravierenden Eingriff in das politische Leben Deutschlands – mit jenen katastrophalen Folgen, die wir alle kennen. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen Herrschaft beschränkten sich selbstverständlich nicht auf den Bereich der Politik und der unmittelbaren Machtausübung, denn wie in jeder Diktatur bzw. jedem totalitären Staatswesen erhob das nationalsozialistische Herrschaftssystem und seine Ideologie nach und nach für alle Bereiche des öffentlichen Lebens seinen Anspruch – nicht zuletzt auch auf die Wissenschaften. Für letztere ist der wohl sichtbarste Ausdruck dieser Einflußnahme der Exodus führender Gelehrter, der auf vielen Gebieten zudem mit einem sukzessiven Verfall der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung und der Zunahme bzw. Förderung einer vordergründigen Anwendungsorientierung bzw. militärtechnischen Ausrichtung der Forschung einher ging. In diesen Prozeß war die Physik in besonderer Weise einbezogen, da sie zu den Kerndisziplinen moderner naturwissenschaftlich-technischer Forschung und damit der Moderne schlechthin gehört.

Im folgenden möchte ich einen speziellen Aspekt der Physik im Dritten Reich untersuchen – die Rolle und Stellung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG) in den zwölf Jahren nationalsozialistischer Gewaltherrschaft. Dies zum einen, weil sich in der Geschichte wissenschaftlicher Fachgesellschaften in ganz spezifischer Weise interne und externe Faktoren der Entwicklung eines Fachgebietes brechen und charakteristische Aussagen über deren Wechselwirkung gestatten. Andererseits liegen zwar schon eine Reihe interessanter und wichtiger Untersuchungen über die Physik im Dritten Reich vor², doch spielt DPG in diesen Darstellungen nur eine untergeordnete Rolle, so daß die Geschichte der wichtigsten Fachgesellschaft dieses Gebiets in diesen "Tausend Jahren" als ein noch weitgehend unerschlossener Bereich wissenschaftshistorischer Forschung angesehen werden darf.³ Dieser ist zudem bis heute durch zahlreiche Mythen und Legenden be-

¹ Das Manuskript basiert auf Vorträgen, die 1999 und 2000 in Boston, Bonn und Berlin gehalten wurden.

² Vgl. insbesondere A. Beyerchen (1980), D. Cassidy (1995), J. Heilbron (1988), K. Hentschel (1996), R. Sime (2001) und M. Walker (1990; 1995).

³ Sieht man einmal von den zahlreichen Erinnerungsberichten ab, seit 1945 namentlich in den Physikalischen Blättern publiziert, so gibt es nur den Versuch von Armin Hermann im Rahmen der Jubiläumsschrift "150 Jahre Deutsche Physikalische Gesellschaft" (Th. Mayer-Kuckuk (1995), S. F-91ff), sich aus wissenschaftshistorischer Sicht mit der DPG im Dritten Reich zu beschäftigen.

setzt, wofür der aus der unmittelbaren Nachkriegszeit stammende Bericht von Wolfgang Finkelburg, des stellvertretenden Vorsitzenden der Gesellschaft zwischen 1941 und 1945, charakteristisch ist:

"Ich glaube, daß die Physikerschaft ein Anrecht darauf hat, zu wissen, wie der Vorstand der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in den Jahren seit der letzten Physikertagung 1940 alles in seiner Macht Stehende trotz aller Schwierigkeiten und mit viel Mut getan hat, um gegen Partei und Ministerium die Sache einer sauberen und anständigen wissenschaftlichen Physik zu vertreten und Schlimmeres als schon geschehen ist, zu verhüten. Ich glaube, daß dieser Kampf gegen die Parteiphysik ruhig als ein Ruhmesblatt der wirklichen deutschen Physik bezeichnet werden darf, weil er – zwar von wenigen aktiv geführt – von der überwiegenden Mehrheit der Physiker effektiv und moralisch unterstützt worden ist."⁴

Bevor wir uns mit solcher Apologetik näher auseinandersetzen und ein etwas differenzierteres Bild über das Verhältnis von Physik und Macht im Nationalsozialismus zeichnen wollen, soll einleitend ein kurzer Abriß der Geschichte dieser Gesellschaft gegeben werden.

Die Deutsche Physikalische Gesellschaft gehört zu den ältesten und einflußreichsten wissenschaftlichen Gesellschaften in Deutschland und wurde im Jahre 1845 als Physikalische Gesellschaft zu Berlin von sechs jungen Gelehrten gegründet.⁵ Von den sechs Gründungsmitgliedern waren nur drei Physiker im eigentlichen Sinne – der bekannteste und mit 27 Jahren auch älteste von ihnen war der Begründer der modernen Physiologie Emil du Bois-Reymond. Alle gehörten jedoch zum Kreis talentierter Studenten um den Berliner Physikprofessor Gustav Magnus.⁶ Ihr Beweggrund war, in Abgrenzung zu Magnus und der etablierten Berliner Physikergemeinschaft, einen kommunikativen Raum zu schaffen, in dem der Nachwuchs unbeeinflußt von den Autoritäten über aktuelle wissenschaftliche Fragen diskutieren und dabei auch manchen eingetretenen Pfad des Denkens und der Diskussion einmal (ungestraft) verlassen konnte. Es verwundert deshalb kaum, daß bei den etablierten Physikern Berlins und namentlich bei Gustav Magnus die Neugründung zunächst auf Skepsis und distanzierte Zurückhaltung stieß. Allerdings bedurfte es nur weniger Jahre bis die Gesellschaft ihre Außenseiterrolle abgelegt und sich zur unumstrittenen wissenschaftlichen Fachgesellschaft der Physiker in Berlin und sehr schnell auch

⁴ Brüche (1946), S. 236.

⁵ Vgl. Fiedler (1998).

⁶ Vgl. Hoffmann (1995).

im gesamten deutschen Sprachraum etablieren konnte. Die überregionale Bedeutung der Gesellschaft dokumentiert nicht nur die stetig steigende Mitgliederzahl, zu denen eine ständig wachsende Zahl auswärtiger Mitglieder gehörten, sondern vor allem die im Jahre 1899 erfolgte Umbenennung in Deutsche Physikalische Gesellschaft. Die allgemeinen Akzeptanz der Gesellschaft wurde entscheidend durch die regelmäßig stattfindenden Kolloquien befördert, die zu einem Forum für die Präsentation neuer Forschungsarbeiten wurde. So referierte bereits im Sommer 1847 Hermann Helmholtz über seine Begründung des Energieerhaltungssatzes, demonstrierte dort zwanzig Jahre später Werner Siemens das dynamoelektrische Prinzip: weitere Sternstunden in der Geschichte der Physikalischen Gesellschaft waren im Herbst 1900 die Vorträge Max Plancks, mit denen die Quantentheorie begründet wurde, der Bericht Max von Laues im Jahre 1912 über die Friedrich-Knippingschen Röntgenstrahl-Interferenzen und ihre Deutung sowie jene Sitzung zu Beginn des Jahres 1939, in der Otto Hahn über das "Zerplatzen" des Atomkerns berichtete.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die DPG an der Wende zu den dreißiger Jahren im Zenit ihrer Geschichte stand – dies nicht nur angesichts ihrer Mitgliederzahl, die mit über 1300 Mitgliedern eine erste Sättigung erreicht hatte, sondern vor allem in Hinblick auf die Bedeutung, das Ansehen und die internationale Ausstrahlung, die die deutsche Physik damals besaß. Wie wurde nun in den Jahren zwischen 1933 und 1945 mit diesem Pfund gewuchert?

Nimmt man die erhalten gebliebenen Dokumente der Gesellschaft⁷ – die Protokolle des Vorstands, der Sitzungen der Gesellschaft oder ihre Publikationen – zur Hand, so ist im Frühjahr 1933 von einer Zäsur nichts zu spüren: Hitlers Ernennung zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, der Reichstagsbrand vom 27. Februar, das Ermächtigungsgesetz vom 24. März wurden vom Vorstand der Gesellschaft – zumindest offiziell – genauso wenig wahrgenommen wie der "Judenboykott" vom 1. April oder auch das sogenannte "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7. April. Selbst als Albert Einstein, immerhin ehemaliger Vorsitzender der DPG und der wohl berühmteste Physiker seiner Zeit, wegen der "in Deutschland gegenwärtig herrschenden Zustände"⁸ seine Mitgliedschaft in der Preußischen Akademie der Wissenschaften demonstrativ niederlegte und ins amerikanische Exil ging⁹, gab es keine offizielle Reaktion seitens der Gesellschaft. Max von Laue, der damalige Vorsitzende der Gesellschaft und nach 1945 als einer der wenigen

⁷ Da die archivalische Überlieferung aus der Zeit vor 1945 im Archiv der DPG sehr lückenhaft ist, muß man sich überwiegend auf gedruckte Quellen oder auf Dokumente aus anderen Archiven stützen.

⁸ A. Einstein an die Akademie der Wissenschaften, S.S. Belgenland 28.3.1933. In: Kirsten (1979), Teil 1, S.246.

⁹ Zum Rücktritt Einsteins vgl. die ausführlichen Biographien von Fölsing (1993) und Hermann (1994).

standhaften und moralisch integren deutschen Physikern im Ausland geschätzt, tadelte vielmehr in einem privaten Brief den Freund: "Aber warum musstest Du auch politisch hervortreten!"¹⁰; noch 1948 findet man in einem Brief an Lise Meitner die Haltung Einsteins mit den Worten charakterisiert: "Da sich Einstein fast 20 Jahre hindurch in Berlin politisch betätigt hatte (ich bin weit entfernt, dies als Vorwurf zu meinen), war sein Ausscheiden aus der Berliner Akademie 1933 unvermeidlich."¹¹ Wie die überwiegende Mehrzahl der Physiker verstanden sich damals Laue und mit ihm seine Vorstandskollegen als vermeintlich unpolitische Vertreter ihres Faches und sahen daher keinerlei Veranlassung, zu den politischen Ereignissen explizit Stellung zu beziehen; zumal die Macht des totalitären Staates nicht schlagartig auf allen Gebieten wirksam bzw. sichtbar wurde.

Diese angeblich unpolitische Haltung war erst dann herausgefordert, als die Standards des eigenen Faches ganz unmittelbar betroffen und durch die Eingriffe der Politik gefährdet erschienen. Dies traf natürlich auch schon auf die Entlassung und Vertreibung der jüdischen Kollegen zu, doch fand dieser Willkürakt in einem vermeintlich legalistischen Rahmen statt, war er doch durch das oben bereits erwähnte Berufsbeamtengesetz gedeckt. Damit wurde es von der traditionell staatstreuen und häufig auch konservativ sowie latent bis offen antisemitisch geprägten deutschen Akademikerelite wenn nicht getragen, so doch zumindest als eines der sicherlich bald vorübergehenden Auswüchse der "neuen Zeit" weitgehend toleriert. Zum ersten offenen Konflikt zwischen der Gesellschaft und den neuen Machthabern bzw. deren Repräsentanten in der Physikerschaft kam es im Herbst 1933, auf dem alljährlichen Physikertag der Physikalischen Gesellschaft. Dieser fand im September in Würzburg statt und zu ihr hatte sich Johannes Stark mit einem Grundsatzreferat angesagt.

Stark, Nobelpreisträger des Jahres 1919, gehörte zu den frühen Anhängern Adolf Hitlers und als führender Protagonist der sogenannten "Deutschen Physik" zu den vehementen Kritikern der modernen (theoretischen) Physik. Als solcher hatte er sich in den zwanziger Jahren zunehmend ins wissenschaftliche und gesellschaftliche Abseits manövriert – 1921 war er sogar von seiner Würzburger Professur zurückgetreten.¹² Mit Hitlers Machtantritt war die Zeit für Stark und anderer Naziaktivisten gekommen, ihre Auffassung von Wissenschaft im Rahmen der nationalsozialistischen Revolution und nicht zuletzt ihren Anteil vom zu verteilenden "Kuchen der Macht" zu reklamieren. In einem Brief

¹⁰ M.v. Laue an A. Einstein, Berlin 14.5.1933, Albert Einstein Archives. The Jewish National and University Library, Jerusalem (im folgenden AEP), Nr. 16087-1/2.

¹¹ M.v. Laue an L. Meitner, Göttingen 15.6.1948, In: Lemmerich (1998), S.516.

¹² Zur Biographie Starks vgl. Hoffmann (1982) und Walker (1995), S. 5-40.

an Philipp Lenard, dem geistigen Vater der "Deutschen Physik, lesen wir: "Lieber Lenard! Endlich ist die Zeit gekommen, da wir unsere Auffassung von Wissenschaft und Forschern zur Geltung bringen können. Ich habe gleich die Gelegenheit meines Glückwunschsreibens an Minister Frick, mit dem ich persönlich bekannt bin, benützt, ihn darauf hinzuweisen, daß Sie und ich ihm bei der Einflußnahme auf die ihm unterstellten wissenschaftlichen Institute gern unseren Rat zur Verfügung stellen werden ..."¹³ Stark rückte so wieder umgehend ins akademische Leben ein: zum 1. April 1933 wurde er durch den eben erwähnten Innenminister Wilhelm Frick – "gegen das einhellige Votum aller fragten Fachleute"¹⁴ – in das einflußreiche Amt des Präsidenten der Berliner Physikalisch-Technischen Reichsanstalt eingesetzt. Stark begann umgehend, seine neu gewonnene Position für die Verwirklichung nationalsozialistischer Wissenschaftspolitik und seiner eigenen hochgesteckten wissenschaftsorganisatorischen Ambitionen einzusetzen. In diesem Zusammenhang entwickelte er nicht für die Physikalisch-Technische Reichsanstalt umfassende und beinahe gigantisch zu nennende Pläne für die Reorganisation ihrer Arbeit¹⁵, gleichzeitig war er bemüht, die Physik insgesamt in Deutschland neu zu organisieren. Ganz ähnlich wie in anderen politischen und gesellschaftlichen Bereichen sollte die Neuorganisation der Physik nach nationalsozialistischen Prinzipien erfolgen und damit auch diese gleichgeschaltet werden. Zentral war dabei die Durchsetzung des Führerprinzips, da hierdurch die Traditionen akademischer und korporativer Selbstverwaltung quasi qua Amt gebrochen und die Gleichschaltung zentral vollzogen werden konnte. In diesem Sinne leitete Stark aus seiner Übernahme der Präsidentschaft der größten wissenschaftlichen Institution des Deutschen Reiches ganz selbstverständlich das Recht ab, für die gesamte deutsche Physik die Führerrolle zu übernehmen.

Auf der bereits erwähnten Physikertagung in Würzburg entwickelte Stark in einer programmatischen Rede über die "Organisation der physikalischen Forschung"¹⁶ seine Vorstellungen über die künftige Rolle der Physik im Dritten Reich. Er kündigte u.a. an, aus der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt ein "Zentralorgan" für die Physik in Deutschland machen zu wollen¹⁷ und beispielsweise das gesamte physikalische Schrifttum von der PTR aus in Gestalt eines Generalredakteurs zu führen, d.h. zu kontrollieren. Der Rede Starks war die Eröffnungsrede des aus dem Amt scheidenden Vorsitzenden der Gesellschaft Max von Laue vorangegangen. Dieser hatte dabei auf das 300jährige Jubiläum der

¹³ J. Stark an Ph. Lenard, Traunstein 3.2.1933. In: Kleinert (1980), S. 35.

¹⁴ Laue (1947), S. 272.

¹⁵ Vgl. Hoffmann (1993).

¹⁶ Stark (1933).

¹⁷ Ebenda, S. 434.

Verurteilung Galileo Galileis durch die römische Inquisition hingewiesen und Galilei die Frage in den Mund gelegt: "Was soll das alles? Ob ich, ob irgendein Mensch es nun behauptet oder nicht, ob politische, ob kirchliche Macht dafür ist oder dagegen, das ändert doch nichts an den Tatsachen! Wohl kann Macht deren Erkenntnis eine Zeitlang aufhalten, aber einmal bricht diese doch durch." Von den Zuhörern wurde dies als Metapher für die aktuelle Vertreibung Einsteins und die Diffamierung der Relativitätstheorie durch die Nationalsozialisten, ja als Voraussage für anstehende schlechte Zeiten für die Wissenschaft verstanden, zumal Laue seine Rede mit der Feststellung schloß: "Auch später gab es für die Wissenschaft manchmal schlechte Zeiten ... Aber bei aller Bedrückung konnten sich ihre Vertreter aufrichten an der sieghaften Gewißheit, die sich ausspricht in der Gewißheit, die sich ausdrückt in dem schlichten Satze: Und sie bewegt sich doch!"¹⁸

Laues couragierter Auftritt und der verheerende Eindruck, den Starks Rede und seine poltrige Replik auf die Ausführungen Laues bei den Anwesenden hinterlassen hatten, führten dazu, daß der von Starks angemeldete Anspruch auf das Amt des Vorsitzenden der Physikalischen Gesellschaft zurückgewiesen wurde. In geheimer Wahl wurde stattdessen mit überwältigender Mehrheit – ganze zwei Stimmen votierten für Stark¹⁹ – der Industriephysiker und Osram-Direktor Karl Mey zum Vorsitzenden der Gesellschaft gewählt; Mey war zugleich auch Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für technische Physik.²⁰ Laue hat darüber mit großer Erleichterung an seinen Freund Albert Einstein ins amerikanische Exil berichtet: "Wir haben den Angriff Starks auf den Vorsitz in der Physikalischen Gesellschaft glänzend abgeschlagen."²¹ Aber auch Stark zog seine Konsequenzen. Er kündigte der Physikalischen Gesellschaft kurzerhand ihre Geschäftsräume in der Reichsanstalt, lag doch traditionell die Geschäftsführung der DPG in Händen von PTR-Mitarbeitern; ebenfalls wurde den Mitarbeitern der Reichsanstalt die sonst üblichen Reisezuschüsse für den Besuch der Physikertage der DPG gestrichen bzw. man untersagte ihnen, dort vorzutragen.²²

Eine Konsequenz des gescheiterten "Staatsstreichs" von Stark und des couragierten Auftretens von Laue war, daß sich die DPG in den folgenden Jahren der von der nationalsozialistischen Führung forcierten Neuordnung des Vereinswesens und damit der sogenannten Gleichschaltung zunächst weitgehend entziehen konnte. Starks Versuch, die

¹⁸ Laue (1933), S. 62.

¹⁹ M.v. Laue an L. Meitner, Göttingen 7.10.1947, In: Lemmerich (1998), S. 465.

²⁰ Vgl. Hoffmann; Swinne (1994).

²¹ M.v. Laue an A. Einstein, Berlin 13.10.1933. AEP, Nr. 16098-2

²² Vgl. A. Henning an J. Stark, Berlin 9.7.1934, Bundesarchiv (Dienststelle Hoppegarten) RMdI 15.19, Nr. 65, Bl. 307.

DPG unter seine Kontrolle zu bringen, muß nämlich als Teil eines Konzepts gesehen werden, das wissenschaftliche Vereinswesen im Sinne des Nationalsozialismus neu zu ordnen und gleichzuschalten. So hatte der führende NS-Ideologe Gottfried Feder in seinem Kommentar des Parteiprogramms der NSDAP geschrieben: "Verbände, Interessenvertretungen, Berufs-, Beamten-, Angestelltenverbände ... Innungen, Vereine, Genossenschaften ... und was noch für Namen derartige seltsame Körperschaften führen mögen – vernünftig im Grundgedanken, sinnlos im Chaos des heutigen öffentlichen Lebens – bemühen sich, Ordnung zu machen. Vergeblich, weil nirgends organisch in die Gesellschaft, in die höhere Ganzheit des Volkes eingegliedert."²³ In diesem Sinne wurde unter der Leitung von Fritz Todt zunächst eine Reichsgemeinschaft der wissenschaftlich-technischen Arbeit (RTA) gegründet, dem sich z.B. der traditionsreiche VDI und auch andere wissenschaftlich-technische Organisationen im Sinne einer Selbstgleichschaltung relativ schnell anschlossen.²⁴ Die DPG konnte sich der Eingliederung in diese Organisation erfolgreich entziehen, genauso wie sie dann ausgangs der dreißiger Jahre den Anschluß an die Nachfolgeorganisation, den 1937 gegründeten Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik, zu verhindern mußte. Die Bewahrung einer Restautonomie im nationalsozialistischen Herrschaftssystem machte es so möglich, daß die DPG als Mitveranstalter der Gedächtnisfeier für ihren einstigen Vorsitzenden Fritz Haber fungierte und daß es bis 1938 zu keinem politisch oder rassistisch motivierten Mitgliederausschluß kam. Die Namen der emigrierten, zumeist jüdischen Kollegen wurden weiterhin im Mitgliederverzeichnis der Gesellschaft aufgeführt – allerdings vermißt man den Namen Albert Einsteins. Dieser hatte jedoch selbst im Juni 1933 um die Streichung seines Namens gebeten und in diesem Zusammenhang sarkastisch an Laue geschrieben: "Ich habe erfahren, dass meine nicht geklärte Beziehung zu solchen deutschen Körperschaften, in deren Mitgliederverzeichnis mein Name noch steht, manchen meiner Freunde in Deutschland Ungelegenheiten bereiten könnte. Deshalb bitte ich Dich, gelegentlich dafür zu sorgen, daß mein Name aus den Verzeichnissen dieser Körperschaften gestrichen wird. Hierher gehört z.B. die Deutsche Physikalische Gesellschaft ... Dieser Weg dürfte der richtige sein, da so neue theatralische Effekte vermieden werden."²⁵ In seinem Antwortbrief dankte Laue dann Einstein dafür, "daß Du uns die Lage möglichst zu erleichtern strebst, so konnte ich Beides doch nicht ohne herzlichste Betrübnis tun. Ich hoffe, daß in nicht zu langer Zeit die Geister sich beruhigt haben werden, und daß dann die Deutsche Physikalische Gesellschaft in der einen oder anderen Form die Verbindung mit Dir wiederherstellen kann."²⁶ Nun, Laues Hoffnungen sollten sich nicht

²³ Feder (1933), S. 25.

²⁴ Vgl. Ludwig (1981), S. 407ff.

²⁵ A. Einstein an M.v. Laue, Oxford 5.6.1933, AEP, 16093-1.

erfüllen, denn Einsteins Bruch mit Deutschland war angesichts der Schreckenstaten der Nazis und des Holocaust' irreversibel, so daß es auch nach 1945 zu keiner Wiederaufnahme der Beziehungen zur Deutschen Physikalischen Gesellschaft – wie auch zu anderen Wissenschaftsinstitutionen in Deutschland – kam.

Die Beteiligung der DPG an der Haber-Feier und insbesondere ein hintergründiger Nachruf Laues²⁷ hatten im übrigen zu einer erneuten Kontroverse zwischen der DPG und Johannes Stark geführt. Dieser sah nämlich in Laues Nachruf, in dem Habers Emigration mit der Vertreibung Themistokles in Beziehung gesetzt wurde, "eine schwere Verdächtigung der nationalsozialistischen Regierung", weshalb er gegenüber dem Vorstand der Gesellschaft die Erwartung aussprach, "daß Herr v. Laue aus dem Vorstande der deutschen Physikalischen Gesellschaft unverzüglich ausscheidet."²⁸ Wie aus dem Schriftwechsel mit dem Reichserziehungsministerium, das den Vergleich "auch mit gewissem Erstaunen"²⁹ zur Kenntnis genommen hatte, hervorgeht, enthielt sich jedoch der Vorstand DPG jeder Stellungnahme zu dieser Kontroverse. Diese opportunistische Haltung des Vorstandes, die jede exponierende oder gar kritische Äußerung gegenüber der Regierung vermied, darf als typisch für das Verhalten der Deutschen Physikalischen Gesellschaft im Dritten Reich gewertet werden. Zwar lassen sich durchaus Beispiele von Zivilcourage und nicht-konformem Verhalten einiger Mitglieder aufzeigen, doch zeugen sie eben nicht vom eingangs reklamierten Mut und schon gar nicht von Widerstand gegenüber der nationalsozialistischen Willkür, sondern lediglich vom Versuch rein fachspezifischer Schadensbegrenzung.

Ohnehin wurde in der Gesellschaft auf die Zumutungen der Naziherrschaft nicht nur passiv reagiert bzw. sich ihnen zwangsläufig angepaßt. Es gab durchaus auch Elemente des aktiven Agierens im Sinne der Durchsetzung nationalsozialistischer Grundprinzipien und der allgemeinen Politik. Als sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre die Macht des Nationalsozialismus gefestigt und die Diskriminierung und Verfolgung der jüdischen Bürger neue Dimensionen angenommen hatte – man denke etwa an die Nürnberger Gesetze (1935) oder die sogenannte "Reichskristallnacht" (1938) –, wuchs auch der Druck auf die Physikalische Gesellschaft, sich endlich voll in das nationalsozialistische Herrschaftssystem einzugliedern. Die DPG hatte es nämlich bisher – ganz im Gegensatz zu anderen Fachgesellschaften – vermieden, ihre jüdischen Mitglieder auszuschließen. Fast

²⁶ M.v. Laue an A. Einstein, Berlin 14.6.1933. AEP, 16094.

²⁷ Laue (1934), S. 97.

²⁸ J. Stark an den Vorstand der DPG, Berlin 1.3.1934. Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem, Rep 76c, Sekt. 2 Tit XXIII, Lit A, Nr. 50, Bl. 121.

²⁹ Ebenda, Bl. 120.

schon demonstrativ war Gustav Hertz 1936 nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst – wegen seiner halb-jüdischen Abstammung war er als Professor der Berliner Technischen Hochschule untragbar geworden und in die Industrie gewechselt³⁰ – zum Beisitzer im Vorstand der Physikalischen Gesellschaft zu Berlin gewählt worden; auch reagierte man auf die Forderungen des Ministeriums hinhaltend, sich endlich eine NS-konforme Satzung zu geben.

Ausgangs der dreißiger Jahre geriet die DPG in diesen Fragen aber immer stärker unter Druck, wobei dieser nun nicht allein von außen, seitens des Reichserziehungsministeriums oder der Reichsdozentenführung, ausging, sondern auch von einer Gruppe jüngerer und politisch engagierter DPG-Mitglieder ausgeübt wurde. Sprecher der Gruppe waren die Berliner Herbert Stuart und Wilhelm Ortmann sowie Wilhelm Schütz aus Königsberg und Georg Stetter aus Wien; alle im übrigen nicht nur in der Physikalischen Gesellschaft, sondern auch im Reichsdozentenbund aktiv und zudem engagierte Mitglieder der NSDAP.

Am 14. Dezember 1938 befaßte sich der Vorstand mit der "Nichtarier-Frage in der Deutschen Physikalischen Gesellschaft", wobei ein Schreiben von Stuart und Ortmann den Anstoß dazu gegeben hatte.³¹ Wohl in Reaktion auf dieses Schreiben sowie auf den Druck der NS-Führung und der Ereignisse im Herbst 1938, die sich nicht mehr ignorieren ließen, hatte Peter Debye als Vorsitzender der Gesellschaft am 9. Dezember 1938 folgenden Brief an die jüdischen Mitglieder der DPG versandt:

"Unter den zwingenden obwaltenden Umständen kann das Verbleiben von reichsdeutschen Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze in der Deutschen Physikalischen Gesellschaft nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Im Einverständnis mit dem Vorstand fordere ich alle Mitglieder, welche unter diese Bestimmung fallen, auf, mir ihren Austritt aus der Gesellschaft mitzuteilen.

Heil Hitler! gez. P. Debye, Vorsitzender."³²

³⁰ Schröder (1993), S. 332ff.

³¹ Protokoll der Sitzung des Vorstandes vom 14. Dezember 1938 (Entwurf). Archiv der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Berlin (im folgenden ADPG), Nr. 10012.

³² Nachlaß Peter Debye, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin (im folgenden AMPG), III. Abteilung, Rep. 19, Nr. 1014.

Diesem Brief vorangegangen war ein Entwurf, der den Vorstandsmitgliedern per Rundschreiben zur Kenntnis gebracht wurde und dessen Wortlaut, im Ton noch weniger verbindlich, lautete:

"Unter den zwingenden obwaltenden Umständen muß ich das Verbleiben von reichsdeutschen Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze in der Deutschen Physikalischen Gesellschaft als nicht mehr tragbar ansehen.

Ich bitte daher im Einverständnis mit dem Vorstand alle Mitglieder, welche unter diese Bestimmung fallen, mir ihren Austritt aus der Gesellschaft mitzuteilen.

Heil Hitler! gez. P. Debye, Vorsitzender."³³

Über diesen Brief gab es intern zwischen den Vorstandsmitgliedern, wie auch im Vorstand selbst Diskussionen, die nicht nur zur Abänderung der ursprünglichen Fassung führten, sondern auch die Gleichschaltung – und hier muß man wohl schon von Selbstgleichschaltung sprechen – der DPG weiter vorantrieben. So hatte Walter Schottky, Schatzmeister der Gesellschaft, Einwände gegen den angestrebten Ausschluß der jüdischen Mitglieder erhoben, die zwar rein fiskalisch argumentierten, die jedoch durchaus auch als grundsätzlicher Einspruch und als Plädoyer für eine Fortsetzung der bislang geübten Hinhaltetaktik gelesen werden können. Er wies in seinem Schreiben vom 3.12.1938 an Debye darauf hin, daß zwar "die vom Rundschreiben betroffenen Mitglieder in Deutschland eine verhältnismäßig kleine Gruppe bilden, von der wohl weder ein besonderes Hervortreten zu erwarten wäre noch eine merkbare Lücke, wenn sie der Gesellschaft fernblieben. Wenn jedoch eine derartige Ausschließungsaktion erfolgt, wie sie jetzt beabsichtigt ist, besteht die Befürchtung, daß nicht nur die ausländischen nicht arische Mitglieder, sondern bei der bekannten Einstellung des Auslandes auch der größte Teil unserer sonstigen ausländischen Mitglieder ihre Mitgliedschaft in der Gesellschaft aufgeben würden. Sie wissen, daß wir unter unseren etwa 1350 Mitgliedern ca. 350, d.h. über 25%, ausländische haben; das entspricht ebenso der Tradition unserer Gesellschaft wie der internationalen Bedeutung der deutschen Wissenschaft. Verlieren wir einen großen Teil dieser Mitglieder, so bedeutet das einen Verlust, der m.E. auch vom staatspolitischen Standpunkt bedauerlich ist; als Schatzmeister habe ich überaus darauf hinzuweisen, daß wir seitens der ausländischen Mitglieder immerhin einen nicht unbeträchtlichen Deviseneingang (an Mitgliedsbeiträgen und durch Mitgliedschaft vermittelten Bücher- und Zeitschriftenkäufen) zu verzeichnen haben." Deshalb schlug Schottky vor, "bevor man einen

³³ Protokoll der Sitzung des Vorstandes vom 14. Dezember 1938 (Entwurf). ADPG, Nr. 10012.

derartig folgenschweren Schritt unternimmt, sich nicht noch einmal mit dem Kultusministerium, unter Geltendmachung der oben genannten Gesichtspunkte, in Verbindung setzen sollte."³⁴

Schottkys Einwand besaß einen ganz konkreten Hintergrund. Im Dezember 1937 hatte nämlich der holländisch-amerikanische Physiker Samuel Goudsmit gegenüber Schottky seinen Austritt aus der DPG erklärt³⁵, nachdem er schon ein Jahr zuvor gegenüber Walther Gerlach brieflich einen solchen Schritt erwogen, aber dann doch noch einmal zurückgestellt hatte. Er schrieb: "Ich sehe manchmal gar nicht ein welchen Zweck es hat die Deutsche Physikalische Gesellschaft noch länger zu unterstützen. Die unmenschliche Behandlung vieler ausgezeichnete deutscher Wissenschaftler stimmt mir sehr traurig und ich kann mich auch nicht an den Gedanken gewöhnen dass ich selber in dem mir so lieben Deutschland nicht mehr willkommen bin."³⁶

Angesichts der "zwingenden obwaltenden Umstände" und des politischen Drucks, der von der Gruppe um Stuart und Schütz auf den Vorstand ausgeübt wurde, mußten Schottkys Einwände ungehört verhallen; ein Eingehen auf sie hätte ohne Zweifel einen politischen Skandal und eine direkte Konfrontation zwischen der DPG und den nationalsozialistischen Machthaber provoziert – und beides wäre konträr zur generellen Politik des DPG-Vorstands gewesen. Das Schreiben Debyes wurde so in der etwas gefälligeren Fassung am 9. Dezember 1938 an die Mitglieder versandt. In Antwort auf diese beschämende Nötigung erklärten in den folgenden Tagen Richard Gans, Emil Cohn, Georg Jaffe, Leo Graetz, Walter Kaufmann und Franz Boas gegenüber Debye ihren Austritt aus der DPG; andere strich man stillschweigend aus der Mitgliederliste – nach einer Schätzung von Klaus Hentschel waren von dieser Aktion etwa 120 Personen betroffen, d.h. knapp 10% des Mitgliederbestandes.³⁷

Für die Naziaktivisten in der Gesellschaft war damit aber die Angelegenheit noch keineswegs erledigt. Auf der Vorstandssitzung vom 14. Dezember 1938 wurde die "Nichtarierer-Frage" nochmals zur Sprache gebracht. Dabei wies in der Diskussion "Hr. Orthmann darauf hin, dass der erste Satz des an die deutschen Mitglieder der Gesellschaft gerichteten Schreibens so formuliert sei, dass er missverstanden werden könne. Hr. Debye bittet, die-

³⁴ W. Schottky an P. Debye, 3.12.1938, AMPG, III. Abteilung, Rep. 19, Nr. 1014 (in Teilen auch zitiert bei Rechenberg (1988)).

³⁵ S. Goudsmit an W. Schottky, 20.12.1934, American Institute of Physics, Goudsmit-Papers, Box 28 (im folgenden AIP-GP).

³⁶ S. Goudsmit an W. Gerlach, Ann Arbor 24.6.1936. Nachlaß W. Gerlach, Deutsches Museum München, als Faksimile publiziert in Heinrich (1988), S.75.

³⁷ Hentschel (1996), S. LXX.

sen Satz so zu verstehen, wie er gemeint sei und übernimmt die Verantwortung für die gewählte Formulierung."³⁸ In einem Brief von Schütz an Stuart ist man jedoch deutlicher, wird dort doch denunziatorisch festgestellt: "Die Behandlung der Judenfrage durch die D.P.G. zeigte jedoch, dass für die politischen Fragen ihm (Debye – D.H.), wie nicht anders zu erwarten, das erforderliche Verständnis fehlt. Ich habe mich damals vergeblich bemüht, eine eindeutige Stellungnahme des Vorsitzenden und damit eine endgültige Lösung des Problems herbeizuführen."³⁹ Spöttisch-drohend kommentierte der Informationsdienst der Reichsdozentenführung, hinter dem nicht zuletzt H. Stuart als Funktionär dieser NS-Organisation stand, die Angelegenheit ebenfalls: "Man scheint offensichtlich in der Dt. Physikalischen Gesellschaft noch sehr weit zurück zu sein und noch sehr an den lieben Juden zu hängen. Es ist in der Tat bemerkenswert, daß nur "unter den zwingenden obwaltenden Umständen" eine Mitgliedschaft von Juden nicht mehr aufrecht erhalten werden kann."⁴⁰

Wie ein vorangegangener Brief von Stuart an Stetter zeigt, suchte die Gruppe aktiver Parteigenossen die Politisierung und "endgültige Einordnung der D.P.G. in das Dritte Reich"⁴¹ mit aller Macht weiter voranzutreiben. So informierte man sich gegenseitig nicht nur über "interne Pläne des Vorstandes" und versuchte diese zu sabotieren bzw. im parteipolitischen Sinne zu kanalisieren, sondern strebte auch eine wechselseitige Unterstützung unter den Parteigenossen an, um so stärkeren Einfluß auf die Arbeit des Vorstands und seine Beschlüsse zu gewinnen.⁴² Konkret ging es z.B. um eine Erhöhung des Anteils der Parteigenossen in der Statutenkommission des Vorstands, die zur Überarbeitung der alten Statuten vom DPG-Vorstand eingesetzt war, um diese – wie das entsprechende Vorstandsprotokoll vermerkt – "den Wünschen des Ministeriums (anzupassen)".⁴³ Auch wollte man bei der anstehenden Vorstandswahl die Wiederwahl Debyes als Vorsitzenden verhindern und stattdessen Abraham Esau ins Amt bringen, da letzterer für die Gesellschaft "die beste Gewähr (bietet)", – wie Schütz in dem bereits zitierten Brief ausführt⁴⁴ – "ihre Geschicke in positiver und rückhaltloser Einstellung zum Dritten Reich" zu führen. Nachdem Debye zur Jahreswende 1939/40 Deutschland verlassen und an der amerikanischen Cornell University eine Gastprofessur übernommen hatte⁴⁵, war seine Wiederwahl

³⁸ Protokoll der Sitzung des Vorstandes vom 14. Dezember 1938 (Entwurf). ADPG, Nr. 10012.

³⁹ W. Schütz an H. Stuart, Königsberg 4.4.1939, AIP-GP.

⁴⁰ Zit. nach Beyerchen(1980), S. 307.

⁴¹ Ebenda.

⁴² H. Stuart an G. Stetter, Berlin 17.3.1939. AIP-GP.

⁴³ Protokoll der Sitzung des Vorstandes vom 14. Dezember 1938 (Entwurf). ADPG, Nr. 10012.

⁴⁴ W. Schütz an H. Stuart, Königsberg 4.4.1939. AIP-GP.

⁴⁵ Zur Biographie Debyes vgl. Kant (1997).

zwar gegenstandslos geworden, doch gelang es der Parteifraktion trotzdem nicht, ihren Wunschkandidaten Esau durchzusetzen. Wie das Sitzungsprotokoll des Vorstands ausweist, wurde der Antrag von Stetter, als Kandidat für den Vorsitz der DPG "Hrn. Esau in Vorschlag" zu bringen, schon im Vorstand zu Fall gebracht. Der amtierenden Vorsitzende Jonathan Zenneck wies in diesem Zusammenhang darauf hin, "daß Hr. Esau durch vielseitige andere Verpflichtungen so in Anspruch genommen sei, daß er sich dieser Aufgabe nicht genügend widmen könne."⁴⁶ Der Vorstand schloß sich mit großer Mehrheit diesen Bedenken an und nominierte stattdessen Carl Ramsauer. Dieser wurde dann auch im September auf der Berliner Physikertagung von der Geschäftsversammlung mit großer Mehrheit zum Vorsitzenden der Gesellschaft gewählt. Ramsauer war Leiter des AEG-Forschungslabors und ein allseits geachteter Experimentalphysiker,⁴⁷ zudem ein Schüler Lenards, so daß er für die nationalsozialistischen Ideologen nicht angreifbar war. Demgegenüber genoß Esau als Hochfrequenzphysiker in Kreisen der Industrie und technischen Physik zwar ebenfalls große Anerkennung,⁴⁸ doch wurde diese von seinen hohen Funktionen im nationalsozialistischen Wissenschaftsmanagement – u.a. war er Fachspartenleiter im Reichsforschungsrat und frisch gekürter Präsident der Reichsanstalt – und seiner NSDAP-Mitgliedschaft überschattet. Wie schon bei der Wahl im Herbst 1933, als man Starks Wahl durch die Kandidatur des Industriephysikers K. Mey verhinderte, zog es die DPG auch 1940 vor, ihre relative Unabhängigkeit zu demonstrieren und nicht servil der Parteilinie zu folgen. Wie A. Sommerfeld in diesem Zusammenhang (rückblickend) feststellte, war bei der Wahl Ramsauers "der Gesichtspunkt leitend, daß Herr Ramsauer gegenüber der Regierung eine selbständige Stellung einnehmen könne und werde als die anderen staatlich angestellten Professoren".⁴⁹ Obwohl sich bei Karl Mey, Jonathan Zenneck, Peter Debye und Carl Ramsauer, den Vorsitzenden der Deutschen Physikalischen Gesellschaft im Dritten Reich, eine konservativ-nationale Grundhaltung, teilweise auch antisemitische Auffassungen und eine gewisse Affinität zu den politischen Zielen des Nationalsozialismus sowie Opportunismus und Kompromißbereitschaft gegenüber den nationalsozialistischen Machthabern konstatieren lassen, waren sie dennoch Wissenschaftlerpersönlichkeiten, die sich um parteipolitische Unabhängigkeit und Integrität bemühten und so im Rahmen des politisch Möglichen, gegebene Freiräume für die Belange der Physikalischen Gesellschaft zu nutzen verstanden.

Dies wird gerade auch an der Amtsführung von Carl Ramsauer deutlich. So ließ er bei-

⁴⁶ Protokoll der Sitzung des Vorstandes vom 1. Juni 1940. ADPG, Nr. 10014.

⁴⁷ Zur Biographie Ramsauers vgl. Gobrecht (1987).

⁴⁸ Zur Biographie Esaus vgl. Hoffmann (2001).

⁴⁹ Zit. In: Physikalische Blätter 3(1947)111.

spielsweise die Bemühungen – u.a. von Stuart betrieben⁵⁰ –, die Physikalische Gesellschaft einer eindeutig nationalsozialistischen Dachorganisation wie dem Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik zu unterstellen, ins Leere laufen, womit die totale Gleichschaltung der DPG verhindert wurde. Letzteres freilich um den Preis einer partiellen Selbstgleichschaltung und eines forcierten Engagements der DPG für die Kriegsaufgaben Nazideutschlands.

Geschickt wurde durch Ramsauer auch das Führerprinzip, das die DPG mit ihrer neuen, 1940 verabschiedeten Satzung endlich akzeptiert hatte, genutzt, denn seine Vorstandskollegen ließ er sich nicht, wie wohl geplant - vom vorgesetzten Ministerium oktroyieren, sondern setzte diese in konsequenter Anwendung des Führerprinzips selbst ein.

Für den stellvertretenden Vorsitzenden der Gesellschaft hatte er zunächst zwei Kollegen ins Auge gefaßt. Zum einen Walther Gerlach, Physikordinarius an der Münchener Universität und damals einer der einflußreichsten deutschen Physiker, der neben ausgewiesener fachlicher Kompetenz auch über wissenschaftsorganisatorische Fähigkeiten verfügte und dem man gute Beziehungen zu staatlichen Stellen und insbesondere zur Wehrmacht nachsagte; nicht zufällig übernahm er zwei Jahre später die administrative Leitung des deutschen Uran-Projektes.⁵¹ Der andere war Wolfgang Finkelburg⁵², der, 1905 geboren, zur jüngeren Physikergeneration gehörte, eine außerordentliche Professur für Experimentalphysik in Darmstadt bekleidete (mit Aussicht auf eine Berufung an die "Reichsuniversität" Straßburg) sowie als Führer des örtlichen Dozentenbundes politisch unverfänglich war und über gute Beziehungen zu Parteistellen verfügte. Für Ramsauer und die DPG hatte er sich insbesondere dadurch für ein Amt in der DPG qualifiziert, da es nicht zuletzt seinen Initiativen zu verdanken gewesen war, daß im November 1940 in München das sogenannte erste "Religionsgespräch" zwischen den Vertretern der sogenannten Deutschen Physik und ihrer Gegnern zustande kam.⁵³ Diese Diskussionsrunde leitete bekanntlich den endgültige Rückzug der Deutschen Physik ein.⁵⁴ Nachdem Finkelburgs Bedenken, "einen der allerjüngsten deutschen beamteten Physiker mit dem Amt des stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Physikalischen Gesellschaft zu betrauen ... (so) dass bei einem grossen Teil der Mitglieder der Gesellschaft starkes Befrem-

⁵⁰ Vgl. Brief H. Stuart an G. Stetter, Berlin 17.3.1939. AIP-GP.

⁵¹ Zur Biographie Gerlachs vgl. Heinrich (1988).

⁵² Zur Biographie Finkelburgs vgl. Brüche (1967).

⁵³ Vgl. C. Ramsauer an W. Finkelburg, Berlin 14.5.1941, ADPG Nr. 10018.

⁵⁴ Auf eine detaillierte Diskussion des Problemkreises "Deutsche Physik" und der Auseinandersetzungen um sie muß an dieser Stelle verzichtet werden, da dies den Rahmen des Beitrags sprengen würde – hierzu vgl. Beyerchen (1980), S. 172ff oder Richter (1980).

den erregt" werden könnte⁵⁵, durch das Votum von älteren und so prominenten Physikern wie M.v. Laue, Christian Gerthsen, Georg Joos und W. Gerlach ausgeräumt waren, übernahm er im Sommer 1941 das Amt. Über die Motive der Wahl Finkelburgs gibt auch ein Brief Ramsauers an Ludwig Prandtl Auskunft:

"I have now selected Prof. Finkelburg from Darmstadt (or Strasbourg) as vice-president, primarily because he personally advocated theoretical physics in a very commendable manner. Besides, I considered it necessary to have a moderate party member on the board of trustees, in order to be able to cope better with the extreme-minded colleagues."⁵⁶

Unmittelbar nachdem die neue DPG-Führungsrunde – zu der auch der Potsdamer Astrophysiker Walter Grotrian als Geschäftsführer gehörte, der während des Krieges als Major zeitweise eine Kompanie führte – inthronisiert und durch das Erziehungsministerium bestätigt worden war, arbeitete man eine Eingabe der DPG an das Rust-Ministerium aus, in der "mit erquickender Deutlichkeit" – so Brüche im Nachkriegsrückblick⁵⁷ – auf die Probleme der Physik in Deutschland aufmerksam gemacht und ein allgemeiner Rückfall hinter die physikalische Forschung in den angelsächsischen Ländern beklagt wurde. In der Präambel der Denkschrift heißt es dazu:

"Die deutsche Physik hat ihre frühere Vormachtstellung an die amerikanische Physik verloren und ist in Gefahr, immer weiter ins Hintertreffen zu geraten ... Die Fortschritte der Amerikaner sind außerordentlich groß. Dies beruht nicht allein darauf, daß die Amerikaner weit höhere materielle Mittel einsetzen als wir, sondern mindestens in gleichem Maße darauf, daß es ihnen gelungen ist, eine zahlenmäßig starke, sorgenfreie und freudig arbeitende junge Forschergeneration heranzuziehen, welche der unsrigen aus der besten Zeit in ihren Einzelleistungen gleichwertig ist und sie durch die Fähigkeit zur Gemeinschaftsarbeit übertrifft."⁵⁸

Doch beschränkt sich die Denkschrift nicht nur auf eine Beschreibung der traurigen Zustände, sondern nennt auch Gründe:

- zu geringe finanzielle Ausstattung der Physik Institute an den Universitäten und Hochschulen

⁵⁵ W. Finkelburg an C. Ramsauer, Darmstadt 9.5.1941, ADPG Berlin Nr. 10018.

⁵⁶ C. Ramsauer an L. Prandtl, Berlin 4.6.1941, zitiert nach Hentschel (1996), S.267.

⁵⁷ Physikalische Blätter 3(1947), S.43.

⁵⁸ Ramsauer/Finkelburg (1947), S. 43.

- Vernachlässigung der theoretischen Physik und ungerechtfertigte Diffamierung ihrer Vertreter als Vorkämpfer des jüdischen Geistes"
- nicht immer fachgerechte Besetzung von Lehrstühlen
- zunehmender Prestigeverlust der akademischen Laufbahn gegenüber Industriekarrieren

Über die Wirkung dieser Eingabe gab Ramsauer nach dem Krieg den folgenden Bericht:

"Ich hatte erwartet, wenigstens gehört zu werden, hatte aber auch im Hinblick auf die Schärfe der Kritik mit einer ablehnenden groben Antwort oder mit schweren persönlichen Repressalien gerechnet. Worauf ich aber nicht gefaßt war: Ich erhielt überhaupt keine Antwort. Ich hörte indirekt, daß die Eingabe größtes Mißfallen erregt habe und daß sie maßgebenden Stellen im Reich bekannt gegeben worden war, und glaube auch, einige Schikanen des Ministeriums gegen Herrn Finkelnburg und mich auf unser Vorgehen zurückführen zu können. Aber sonst nichts, nichts!"⁵⁹

Das Nicht-Reagieren spiegelt die notorische Führungsschwäche des Rust-Ministeriums wider, über die selbst Goebbels in seinen Tagebüchern wiederholt Klage führt: Rust "tut gar nichts und läßt alle Dinge auf das Schlimmste verschlampen."⁶⁰; etwa zur selben Zeit als die Physikalische Gesellschaft ihre Denkschrift ausarbeitete, im September 1941, findet man in den Erinnerungen Victor Klemperers die Anekdote kolportiert, daß in Deutschland "ein Rust" als neues Zeitmaß für die Zeit zwischen zwei Verfügungen und ihrer Aufhebung gilt.⁶¹ Die Führungsschwäche und der geringe Stellenwert des Rustschen Ministeriums in der Machthierarchie des NS-Staates waren aber nur die eine Seite, die für das Totschweigen der DPG-Resolution verantwortlich zeichnen. Auf der anderen Seite steht die Tatsache, daß die Physiker inzwischen einen ganz anderen gesellschaftlichen Stellenwert bekommen und zudem bei den technokratischen und militärischen Eliten des NS-Staates einflußreiche Bündnispartner gefunden hatten.

Mit dem Beginn der forcierten Aufrüstung Nazideutschlands (Vierjahresplan 1936), dem Kriegsbeginn (1939) und schließlich dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie (1941) war der Einfluß der "Deutschen Physik" und ihrer Ideologen immer stärker marginalisiert und die moderne Physik sukzessive rehabilitiert worden. Mit politisierenden Physikern, so

⁵⁹ Ramsauer (1947), S. 113.

⁶⁰ Fröhlich (1987), S.335.

⁶¹ Klemperer (1997), Bd. 1, S. 666.

altbacken oder zweitrangig sie auch waren, ließ sich zwar sehr gut eine nationalsozialistische Revolution durchführen, zumal eine "Deutsche Physik" gut in deren ideologisches Konzept paßte. Ein Krieg und die Entwicklung moderner Waffensysteme waren damit aber nur eingeschränkt zu bewältigen. Auch in den Köpfen der Mächtigen dämmerte es, daß man auf diesem Gebiet wohl etwas versäumt und die undifferenzierte Verdammung der modernen Physik und namentlich der Relativitäts- und Quantentheorie vielleicht mehr Schaden als Nutzen gebracht habe.

So lesen wir im Tagebuch von Joseph Goebbels:

"Der bekannte Physiker Professor Ramsauer ... überreicht mir eine Denkschrift über den Stand der deutschen ... Physik. Diese Denkschrift ist für uns sehr deprimierend ... Wir merken das sowohl am Luftkrieg wie auch am U-Boot Krieg ... Jedenfalls ist auch Professor Ramsauer der Meinung, daß wir den Vorsprung der angelsächsischen Physiker einholen können ... Allerdings wird das eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Es ist jedoch besser, damit anzufangen ... als die Dinge weiter laufen zu lassen."⁶²

Die Physiker machten sich also die kriegsbedingten Entwicklungen in Nazi-Deutschland zu Nutze und empfahlen sich den Machthabern mit dem, was ihr Fach für Wirtschaft und Rüstung leisten konnte. Und sie wurden gehört – zwar nicht von Rust, doch von Mächtigeren der NS-Hierarchie: von Goebbels, Göring, Speer und anderen Technokraten der Macht.

Ramsauers oben zitierte Feststellung, daß "nichts, nichts" geschah, muß deshalb als einer der wohlbekannten Nachkriegs-Euphemismen bezeichnet werden, denn die Fakten sprechen eine andere Sprache.

Beispielsweise konnte die Physikalische Gesellschaft wieder stärkeren Einfluß auf die Besetzung von Professuren nehmen und auch die ideologisch motivierte Nichtachtung und Diskriminierung der modernen theoretischen Physik hörte praktisch auf. Diese neue Art von Berufungspolitik äußerte sich beispielsweise in der 1942 erfolgenden Berufung von Fritz Sauter an die Technische Hochschule München; an die "Seite" des von der Deutschen Physik durchgesetzten Sommerfeld-Nachfolgers Wilhelm Müller.⁶³ Auch die Berufung Pascual Jordans nach Berlin oder die Siegfried Flügges nach Königsberg sowie die von Finkelburg, Weizsäcker und Fleischmann nach Straßburg müssen als ein Ergebnis

⁶² Lochner (1947), S.347.

⁶³ Zur Berufung Müllers vgl. Litten (2000).

der DPG-Eingabe und damit als Sieg der "fachorientierten" Physiker gegenüber den Deutschen Physikern gewertet werden. Daß sich die DPG mit ihrer Eingabe im Aufwind sah, macht auch die Tatsache deutlich, daß man die Verleihung der Max-Planck-Medaille, der höchsten wissenschaftlichen Auszeichnung der DPG, wieder aufnahm, nachdem diese das letzte Mal 1938 auf etwas spektakuläre und im Dissens mit dem Erziehungsministerium verliehen worden war. Wohl keineswegs zufällig wurden mit Friedrich Hund und Pascual Jordan zwei Theoretiker und zudem Repräsentanten der modernen Physik geehrt; daß mit Jordan zudem ein Pionier der Quantenmechanik geehrt wurde, der zu den dezidierten Anhängern des Dritten Reiches gehörte⁶⁴, mag vielleicht sogar im Kalkül des Preiskomitees gelegen haben.

Ramsauer selbst vertiefte und propagierte in den folgenden Monaten die in der DPG-Eingabe dargelegten Gedanken in zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen. Aus ihnen und darüber geführten Beratungen mit maßgebenden Persönlichkeiten und Gremien der Physikalischen Gesellschaft wurde dann im Laufe des Jahres 1943 ein "Programm der Deutschen Physikalischen Gesellschaft für den Ausbau der Physik in Großdeutschland" entwickelt, das im Programmheft des Jahrgangs 1944 der "Verhandlungen der DPG" publiziert und damit einer größeren Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde.⁶⁵ Das Programm thematisierte vor allem drei Punkte:

- eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der physikalischen Institute an den Universitäten und THs, die die Kernzellen für den nötigen Aufschwung in der Physik bilden sollten.
- die Stärkung von theoretischer, aber auch technischer Physik.
- die Steigerung der Bedeutung der Schulphysik.
- Schaffung bindender Richtlinien für den Kriegseinsatz der Physiker.

Angesichts der dramatischen Lage, in der sich Deutschland damals befand, verwundert es nicht, daß von diesen Punkten in den wenigen Monaten bis zum Zusammenbruch des Dritten Reiches nur wenig realisiert wurde. Doch wichtiger als das war das Signal, daß von diesem Programm ausging, daß künftig besser als in der Vergangenheit die Interessen der modernen Physik gewahrt würden und daß ideologische Anpassungen im Sinne der Deutschen Physik nicht mehr aktuell waren – aktuell war nun die DPG als funktionieren-

⁶⁴ Zur Biographie Jordans vgl. Wise (1994).

⁶⁵ Ramsauer (1944).

de Vereinigung wissenschaftlich-technischer Spezialisten, die sich in den Dienst von Volk und Vaterland und damit natürlich vor allem der Rüstungsanstrengungen stellen würden. Als klassische oder radikale Form von Selbst-Gleichschaltung läßt sich dies zwar nicht werten, doch mitnichten war dieses Verhalten ein unpolitisches!

Obwohl weder die Forschungsbedingungen an den Universitäten noch die Nachwuchsförderung in den letzten Kriegsmonaten entscheidend verbessert werden konnten, so zeigte das Engagement der DPG, das sich z.B. mit ähnlichen Initiativen des Aerodynamikers Ludwig Prandtl verband, mindestens in zwei Punkten Wirkung. So rief Göring als Verantwortlicher des Reichsforschungsrates im Sommer 1943 einen speziellen Planungsausschuß ins Leben, der Forschungsprioritäten festzulegen hatte und in diesem Rahmen auch Wissenschaftler von der Front zurückholen und wieder in die militärtechnische Forschung integrieren sollte. Im Rahmen der sogenannten Aktion Osenberg wurden über 4000 Wissenschaftler von der Front zurückbeordert – einen Effekt im Sinne der Kriegsanstrengungen des Naziregimes brachte die Aktion nicht, denn dazu kam sie viel zu spät; auch waren die damaligen Verhältnisse in Deutschland schon zu chaotisch. Sie rettete aber vielen jungen Leuten das Leben und wurde damit für die Nachkriegszeit sehr viel bedeutsamer als für die Kriegszeit selbst. Ohnehin gilt es festzuhalten, daß die Initiativen der DPG schon sehr viel mehr mit dem zu tun hatte, was nach dem Krieg sein würde. Diese Umorientierung auf die Nachkriegszeit war angesichts der sich 1942/43 immer stärker abzeichnenden militärischen Niederlage im übrigen nicht auf die DPG beschränkt, sondern stellt eine Strategie dar, die insbesondere für viele Bereiche der Wirtschaft typisch wurde.⁶⁶ In euphemistischer Umschreibung wird dies auch schon im DPG-Programm selbst festgestellt, vermerkt es doch als Selbstverständlichkeit, "daß die Durchführung des Programms erst nach dem Siege in Frage kommt. Wenn trotzdem der Abdruck schon jetzt erfolgt, so geschieht dies deswegen, um den langjährigen Vorarbeiten der Gesellschaft einen vorläufigen Abschluß zu geben."⁶⁷

Eine Anregung des DPG-Reformprogramms setzte man indes sofort in die Tat um, wurde doch noch 1943 eine "Informationsstelle Deutscher Physiker" gegründet. Ihre Aufgabe sollte die "Aufklärung der Öffentlichkeit über Arbeit und Bedeutung der physikalischen Forschung" sein⁶⁸, wozu man sich sogar eine eigene Zeitschrift schuf – in Zeiten extensiver Mangelwirtschaft und Papiermangels keine Selbstverständlichkeit und ein Zeichen, daß man nun die Beachtung, wenn nicht gar die Gunst der Mächtigen erworben

⁶⁶ Vgl. Erker (1999).

⁶⁷ Ramsauer (1944), S.1.

⁶⁸ Physikalische Blätter 1(1944)1,1.

hatte. Dies umso mehr, als die "Zeitschrift für die gesamte Naturforschung", das Zentralorgan der deutschen Physiker und ihrer Verbündeten in den anderen "arischen" Naturwissenschaften, fast zeitgleich ihr Erscheinen wegen des allgemeinen Papiermangels einstellen mußte.

"Forschung tut Not" – im Frieden, im Krieg und erst recht im totalen Krieg – lautete das Leitthema der ersten Hefte der "Physikalischen Blätter" und man warb unter diesem Motto sowohl für die Relevanz der angewandten wie für die der Grundlagenforschung. Wer wissen wollte, wie wichtig physikalische Grundlagenforschung für spätere Anwendungen – wissenschaftliche wie gesellschaftliche – ist, der konnte dort lesen:

"... und wenn heute der auf dem abgelegenen Hof wohnende Bauer die Stimme des Führers im Rundfunk vernehmen kann, so ist das letzten Endes jenem Maxwellschen System partieller Differentialgleichungen zu verdanken."⁶⁹

Sicherlich ein Extrembeispiel plumper NS-Propaganda und das man als eines der zeitgenössischen Zugeständnisse an die Ideologie durchgehen lassen sollte, denn vieles, was man in den wenigen bis zum Kriegsende erscheinenden Heften lesen konnte, war und ist durchaus lesenswert und betonte vor allem die zentrale Rolle der Naturwissenschaften in der modernen Industriegesellschaft. Ein Thema im übrigen, daß dann auch in der Nachkriegszeit und unter den Bedingungen des Wiederaufbaus einen hohen Stellenwert in den Spalten des fortbestehenden (offiziösen) Organs der Physikalischen Gesellschaft erhielt. Man hatte also ganz im Sinne technokratischer Unschuld "die Grundlage gefunden," – wie Ramsauer es in seinem rückblickenden Artikel aus dem Jahre 1947 ausdrückte – "auf der wir die deutsche Physik wieder aufbauen können und wollen."⁷⁰

Überblickt man so zusammenfassend die zwölfjährige Geschichte der Deutschen Physikalischen Gesellschaft im Dritten Reich, so lassen sich zwei große Perioden ausmachen. Die erste Periode reicht von der Machtergreifung im Jahre 1933 bis Ende dreißiger Jahre und ist von den ideologischen Auseinandersetzungen um die Deutsche Physik geprägt. Hierbei und gegenüber den anderen Zumutungen des Naziregimes wehrte sich die DPG eher passiv, indem man zwar den Geltungsanspruch der Deutschen Physik zurückwies, ihr und den anderen Eingriffen der Politik durch die Kraft des Faktischen zu begegnen versuchte und pragmatisch in den gewohnten Bahnen von Lehre und Forschung sowie der bisherigen Verbandspolitik verblieb. In dieser Zeit geriet die Gesellschaft in Bezug auf die

⁶⁹ Physikalische Blätter 1(1944), S. 51.

⁷⁰ Ramsauer (1947), S.114.

nationalsozialistischen Macht- und Einflußstrukturen zunehmend in eine Randrolle. Diese politische Marginalisierung sicherte ihr allerdings auch eine relative Eigenständigkeit und bewahrte sie vor einer schnellen und radikalen Gleichschaltung; durch eine geschickte Personalpolitik bei der Wahl der DPG-Vorsitzenden, die relativ unabhängige Industriephysiker bzw. KWI-Direktoren den Vorzug gegenüber abhängigen Staatsbeamten gab, wurde dieser Prozeß noch zusätzlich befördert. In dem Maße wie vor dem Hintergrund einer forcierten Aufrüstung und wachsender Kriegsbedürfnisse der Stern und der politische Einfluß der Deutschen Physik an der Wende zu den vierziger Jahren verblaßte, befreite sich die Deutsche Physikalische Gesellschaft als Repräsentant der fachorientierten Physikerschaft auch zunehmend aus ihrer Nischenexistenz und griff immer aktiver in die gesellschaftspolitischen Prozesse des Dritten Reiches ein. Obwohl von radikalen Kräften in der DPG betrieben, war dies auch jetzt nicht mit einer totalen (Selbst)Gleichschaltung der Gesellschaft verbunden, akzeptierte man vielmehr vom NS-Kanon im wesentlichen nur (notgedrungen) das, was unabdingbar erschien – so den Ausschluß der jüdischen Mitglieder und die Akzeptanz des Führerprinzips. Allerdings wurde eine solch aktive und gestaltende Rolle der DPG nicht zuletzt damit erkaufte, daß man sich den Machthabern und ihren (Kriegs)Zielen mit seinem Fach empfahl und die physikalische Forschung – um den Preis, daß man nun (gerne!) gehört wurde – für den totalen Krieg mobilisieren half.

Am Schluß dieses Beitrags und im bewusst gewählten Kontrast zum eingangs zitierten Bericht von Wolfgang Finkelnburg mag deshalb ein Zitat aus einem Brief Lise Meitners stehen, den diese ebenfalls unmittelbar nach Kriegsende an ihren Freund und Kollegen Otto Hahn geschrieben hatte:

"Ich habe Dir in diesen Monaten in Gedanken sehr viele Briefe geschrieben, weil mir klar war, daß selbst Menschen wie Du und Laue die wirkliche Lage nicht begriffen hatten ... Das ist ja das Unglück von Deutschland, daß Ihr alle den Maßstab für Recht und Fairness verloren hattet ... Ihr habt auch alle für Nazi-Deutschland gearbeitet und habt auch nie nur einen passiven Widerstand zu machen versucht. Gewiß, um Euer Gewissen los zu kaufen, habt Ihr hier und da einem bedrängten Menschen geholfen, aber Millionen unschuldiger Menschen hinmorden lassen, und keinerlei Protest wurde laut."⁷¹

⁷¹ L. Meitner an O. Hahn, Stockholm 27.6.1945, In: Krafft (1981), S. 181f.

Literatur:

- Beyerchen, Allan D.: Wissenschaftler unter Hitler. Physiker im Dritten Reich, Köln 1980.
- Brüche, Ernst: 'Deutsche Physik' und die deutschen Physiker. *Physikalische Blätter* 2(1946) 236.
- Brüche, Ernst: Wolfgang Finkelburg+. *Physikalische Blätter* 23(1967), 520-521.
- Cassidy, David C.: Werner Heisenberg. Leben und Werk. Stuttgart 1995.
- Erker, Paul: Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau: Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten. München 1999.
- Feder, Gottfried: Das Programm der NSDAP und seine weltanschauliche Grundgedanken. München 1933.
- Feldkeller, Paul: Physik als geistige Großmacht. *Münchner Neueste Nachrichten* vom 29.1.1945.
- Fiedler, Annett: Die Physikalische Gesellschaft zu Berlin: vom lokalen naturwissenschaftlichen Verein zur nationalen Deutschen Physikalischen Gesellschaft (1845-1900). Aachen 1998.
- Fölsing, Albrecht: Albert Einstein. Frankfurt/Main 1993.
- Fröhlich, Elke (Hrsgb.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I, Bd. 4 (1.1.1940-8.7.1941), München 1987.
- Gobrecht, Heinrich: Carl Ramsauer, In: Treue, Wilhelm; Hildebrandt, Gerhard (Hrsgb.): *Berlinische Lebensbilder. Naturwissenschaftler*. Berlin 1987, S. 263-275.
- Heilbron, John L.: Max Planck. Stuttgart 1988.
- Heinrich, Rudolf; Bachmann, Hans-Reinhard: Walther Gerlach. Physiker-Lehrer-Organisator. *Dokumente aus dem Nachlaß, Deutsches Museum München* 1989.
- Hentschel, Klaus (Ed.): *Physics and National Socialism. An Anthology of Primary Sources*. Basel 1996.
- Hermann, Armin: Einstein. der Weltweise und sein Jahrhundert. München 1994.
- Hoffmann, Dieter: Johannes Stark – eine Persönlichkeit im Spannungsfeld von wissenschaftlicher Forschung und faschistischer Ideologie. In: *Philosophie und Naturwissenschaft in Vergangenheit und Gegenwart, Humboldt-Universität zu Berlin* 22(1982)90-101.
- Hoffmann, Dieter: Nationalsozialistische Gleichschaltung und Tendenzen militärischer Forschungsorientierung an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt im Dritten Reich. In: Albrecht, Helmuth (Hrsgb.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte*. Stuttgart 1993, S. 121-131.
- Hoffmann, Dieter; Swinne, Edgar: Über die Geschichte der "Technischen Physik" in Deutschland und den Begründer ihrer wissenschaftlichen Gesellschaft. Berlin 1994.
- Hoffmann, Dieter (Hrsgb.): *Gustav Magnus und sein Haus*. Stuttgart 1995.

- Hoffmann, Dieter; Stutz, Rüdiger: Abraham Esau (1884-1955) und die Verflechtung von Wissenschaft, Technik und Politik. In: Hoßfeld, Uwe; John, Jürgen; Stutz, Rüdiger (Hrsgb.): Die Jenaer Universität im Nationalsozialismus. Jena 2001 (im Druck).
- Kant, Horst; Peter Debye (1884-1966). In: Meyenn, Karl von: Die Grossen Physiker. Band 2. München 1997, S. 263-275.
- Kirsten, Christa; Treder, Hans-Jürgen (Hrsgb.): Albert Einstein in Berlin 1913-1933, Teil 1 und 2, Berlin 1979.
- Kleinert, Andreas: Lenard, Stark und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Physikalische Blätter 36(1980) 2, 35-43.
- Klemperer, Victor: Ich will Zeugnis ablegen. Tagebücher. Berlin 1997.
- Krafft, Fritz: Im Schatten der Sensation. Weinheim 1981.
- Laue, Max von: Ansprache bei der Eröffnung der Physikertagung in Würzburg am 18. September 1933, In: M.v. Laue: Gesammelte Schriften und Vorträge, Bd. 3, Braunschweig 1961, S. 61-62.
- Laue, Max von: Fritz Haber+. Die Naturwissenschaften 22(1934)7, 97.
- Laue, Max von: Bemerkungen zur bevorstehenden Veröffentlichung von J. Stark. Physikalische Blätter 3(1947) 272.
- Lemmerich, Jost (Hrsgb.): Lise Meitner – Max von Laue, Briefwechsel 1938-1948. Berlin 1998.
- Litten, Freddy: Mechanik und Antisemitismus. Wilhelm Müller (1880-1968). München 2000.
- Lochner, L. (Hrsgb.): Goebbels Tagebücher 1942/43. Zürich 1948.
- Ludwig, Karl-Heinz, (Hrsgb.): Technik, Ingenieure und Gesellschaft. Geschichte des Vereins Deutscher Ingenieure 1856-1981. Düsseldorf 1981.
- Mayer-Kuckuk, Theo (Hrsgb.): 150 Jahre Deutsche Physikalische Gesellschaft. Physikalische Blätter 51(1995) 1.
- Ramsauer, Carl: Programm der Deutschen Physikalischen Gesellschaft für den Ausbau der Physik in Großdeutschland. Verhandlungen der Deutschen Physikalischen Gesellschaft 25(1944) 1-6.
- Ramsauer, Carl: Hundert Jahre Physik. Deutsche Allgemeine Zeitung vom 18.1.1945, S.1.
- Ramsauer, Carl: Zur Geschichte der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in der Hitlerzeit. Physikalische Blätter 3(1947) 110-114.
- Ramsauer, Carl; Finkelnburg, Wolfgang: Eingabe der Deutschen Physikalischen Gesellschaft an Reichsminister Rust, Berlin 20.1.1942. Physikalische Blätter 3(1947)43-46.
- Rechenberg, Helmut: Vor fünfzig Jahren. Physikalische Blätter 44 (1988) 11, 418.
- Richter, Steffen: Die "Deutsche Physik". In: Mehrtens, Herbert; Richter, Steffen: Naturwissenschaft, Technik und NS-Ideologie. Frankfurt/Main 1980.

- Schröder, Reinald: Die "schöne deutsche Physik" von Gustav Hertz und der "weiße Jude" Heisenberg - Johannes Starks ideologischer Antisemitismus. In: Albrecht, Helmuth (Hrsgb.): Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. Stuttgart 1993, S. 327-342.
- Sime, Ruth: Lise Meitner. Frankfurt/Main 2001.
- Stark, Johannes: Organisation der physikalischen Forschung. Zeitschrift für technische Physik 14(1933)11, 433-435.
- Walker, Mark: Die Uranmaschine. Mythos und Wirklichkeit der deutschen Atombombe. Berlin 1990.
- Walker, Mark: Nazi Science. New York and London 1995.
- Wise, Norton M.: Pascual Jordan: Quantum Mechanics, Psychology, National Socialism. In: Renneberg, Monika; Walker, Mark: Science, Technology and National Socialism. Cambridge 1994, S. 224-254.